

“I close my eyes and I treat people” .

Wenn humanitäre Hilfe mehr schadet als hilft.

Die Fragen und Dilemmata der Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières/ÄRZTE OHNE GRENZEN (MSF) in Ruanda 1994/95¹.

Ulrike von Pilar²

Ruanda vor dem Völkermord 1994 war eines der am besten mit Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe ausgestatteten Länder der Welt. Auch war bekannt, wie angespannt die politische und soziale Lage der zu ca. 90% aus Hutu und zu 10% aus Tutsi bestehenden Bevölkerung war. 3500 UN-Blauhelme waren seit 1993 im Land stationiert, um die Einhaltung des Friedensabkommens von Arusha, das eine gemeinsame Regierungsverantwortung von Hutu und Tutsi vorsah, zu überwachen.

Ruanda hatte eine lange Geschichte von Auseinandersetzungen und Prognosen gegen die Tutsi-Bevölkerung erlebt. Und doch haben die im Land arbeitenden humanitären und Entwicklungshelfer vor dem Ausbruch des Völkermords im April 1994 erst nicht begriffen, oder nicht sehen wollen, was vor ihren Augen vorbereitet wurde, und haben dann nach dem Beginn der Massaker mit Rückzug statt mit Protest reagiert, die Vereinten Nationen (UN) eingeschlossen. Die Welt hat die Augen zugemacht und einen Völkermord geschehen lassen.

Wie viel ist sie denn wert, die viel beschworene Nähe von ausländischen Helfern zur einheimischen Bevölkerung? Denn nicht nur die UN und unsere Regierungen haben versagt, sondern auch die meisten Hilfsorganisationen. Und dies sowohl während des Völkermordes als insbesondere auch in den drei Jahren danach, als Tausende der für den Völkermord Verantwortlichen in den Flüchtlingslagern in Tansania und Zaire (der heutigen Demokratischen Republik Kongo) mit internationaler Hilfe versorgt wurden und diese Hilfe für eine Reorganisation der für den Völkermord verantwortlichen Machthaber wie auch für Waffenkäufe missbrauchten. Dies geschah mit dem Wissen und unter den Augen der UN, der Regierungen der westlichen Geberländer und der Hilfsorganisationen.

Angesichts der Grausamkeit der in Ruanda verübten Verbrechen und des unvorstellbaren Leidens der Menschen sind die Probleme einer Hilfsorganisation eigentlich völlig irrelevant. Die humanitäre Hilfe ist in aller Regel ein Nebenschauplatz, denn humanitäre Organisationen haben nur die Aufgabe, Menschen in Krisen und Katastrophen mit dem (Über-) Lebensnotwendigen zu versorgen und ihnen in ihrer Not beizustehen. Sie sind weder in der Lage, solche Katastrophen zu verhindern, noch können sie Menschen wirksam vor Gewalt schützen oder Lösungen für die komplexen Konflikte anbieten. Ruanda ist ein Beispiel dafür, wie wenig letztendlich humanitäre Organisationen in solch einem Vernichtungsfeldzug ausrichten können. Wenn in diesem Aufsatz trotzdem die Arbeit und die Verantwortung dieser Organisationen stärker im Zentrum steht als das Schicksal der ruandischen Bevölkerung, dann vor allem deshalb, weil ich als Vertreterin einer Hilfsorganisation zuallererst unsere eigene Verantwortung und Entscheidungen befragen muss; zum zweiten

¹ Dieser Artikel wird veröffentlicht im Frühjahr 2005 als Beitrag in: Joerg Calliess (Hrg.): „Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda“, Loccumer Protokolle 11/04, ISBN 3-8172-1104-X.

² Mit ganz herzlichen Dank für die große Unterstützung an Nina Holzhauer und an die klugen und aufmerksamen Leserinnen Christiane Löll, Gaby Frank und Petra Meyer.

bin ich überzeugt, dass das Versagen der Hilfsorganisationen nach dem Völkermord zu der skandalösen Situation in den Lagern im damaligen Zaire und in Tansania beigetragen hat, unter deren Folgen die Region bis heute leidet; und schließlich, weil bis heute der Völkermord immer wieder als „humanitäre Krise“ bezeichnet wird – eine Perversion des Begriffes „humanitär“, der durchaus politische Interessen bedient, da er einer Verharmlosung des Völkermordes und des internationalen Versagens Vorschub leistet.

Im Folgenden will ich versuchen darzustellen, welche schwierigen Entscheidungen wir bei ÄRZTE OHNE GRENZEN treffen mussten. Manches, was ich beschreibe, wird den Mitarbeitern anderer Hilfsorganisationen bekannt vorkommen. Dennoch muss festgehalten werden, dass andere möglicherweise ganz Anderes erzählen über das, was sie gesehen und durchlebt haben. In jedem Fall sind sie meist zu anderen Schlüssen gekommen. Eine wirkliche Debatte über die Rolle der Hilfsorganisationen während des Völkermordes und in den folgenden Jahren steht nach wie vor aus.

Kann man mitten in einem Völkermord humanitäre Hilfe leisten?

Die Antwort lautet „nein“ – jedenfalls nicht in einem Völkermord, wie wir ihn in Ruanda erlebt haben. Um mitten in Konflikten und Kriegen den Betroffenen Hilfe leisten zu können im Sinne der Genfer Konventionen, muss auf allen Seiten ein Minimum an Respekt für das Recht auf Hilfe und die Arbeit unparteilicher und neutraler Hilfsorganisationen vorhanden sein. In einem Völkermord ist das Ziel die Ausmerzung einer ganzen Gruppe der Bevölkerung; einem Völkermord liegt die Leugnung der Existenzberechtigung dieser Gruppe von Menschen durch die Gruppe der Täter zugrunde und damit die Leugnung der Grundlage des Rechtes auf humanitäre Hilfe: die Überzeugung, dass es selbst mitten im Krieg eine allen gemeinsame Menschlichkeit und Würde zu schützen gilt.

Humanitäre Organisationen können in Situationen, in denen die Vernichtung eines Teils der Bevölkerung das Ziel der Gewalt ist, wenig, oder jedenfalls nichts Wesentliches, ausrichten. Selbst wenn Einzelne durch die Anwesenheit und die Arbeit einer Hilfsorganisation gerettet werden können – was die Menschen brauchen, ist ein Ende der systematischen Gewalt und des Mordens. Dies zu erreichen liegt in den allermeisten Fällen außerhalb der Möglichkeiten einer humanitären Organisation. Die Eindämmung oder Beendigung von Gewalt ist eine politische Aufgabe und liegt (und lag in Ruanda) in der Verantwortung der Staaten und der UN, die dazu die Mittel hatten. Humanitäre Hilfe in einem totalen moralischen und rechtlichen Vakuum (was den Respekt für humanitäres Völkerrecht angeht) kann im besten Falle nichts außer der Rettung Einzelner ausrichten; im schlimmsten Falle schadet sie, u.a. weil sie der internationalen Gemeinschaft die Illusion und das Alibi verschafft, „etwas“ getan zu haben (s.u. in dem Abschnitt über die Situation in den Lagern). Zuallererst hätten die Menschen Schutz vor Gewalt gebraucht, und nicht Nahrungsmittel oder Medikamente – das war in Auschwitz so, das war so in Sarajewo und ebenso 1994 in Ruanda³.

Nach dem Beginn der Massaker Anfang April 1994 zogen sich fast alle Hilfsorganisationen aus Ruanda zurück. ÄRZTE OHNE GRENZEN musste zwar einen großen Teil seiner Mitarbeiter evakuieren (s.a. Rony Zachariahs Bericht in diesem Buch), blieb aber mit einem kleinen Team in Kigali und arbeitete unter dem Banner des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) weiter, um Verwundete zu versorgen. Dies geschah in der Hoffnung, dass der international anerkannte Status des IKRK einen minimalen Schutz auch auf das MSF Team ausdehnen würde. Es dauerte einige Wochen, bis MSF verstand, dass es sich bei den

³ In diesem Zusammenhang ist es hilfreich sich klarzumachen, dass in den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts die humanitären Organisationen im allgemeinen abwesend (weil ignorant oder nicht zugelassen) waren – beim Völkermord an den Armeniern, in den Vernichtungslagern der Nazis, im sowjetischen Gulag, im China Maos, im Vietnam-Krieg, in Kambodscha während der Herrschaft der Roten Khmer – die Liste lässt sich fortsetzen.

Morden nicht allein um Bürgerkrieg handelte, sondern um systematisch geplante und durchgeführte Massaker, die die Vernichtung der Tutsi in Ruanda zum Ziel hatte – Völkermord (s.a. Rony Zachariah). Am 28. April sprach der Präsident von MSF in Belgien auf einer Pressekonferenz zum erstenmal von Völkermord. Am 18. Mai 1994 forderte die Organisation erstmals in ihrer Geschichte öffentlich eine militärische Intervention, um dem Morden Einhalt zu gebieten. Ohne Erfolg. Fast alle UN Blauhelme waren aus Ruanda abgezogen worden, und obwohl es Pläne gab, die UN-Präsenz wieder zu verstärken, kam es nicht dazu. Der Völkermord nahm unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit seinen Lauf und wurde erst im Juli 1994 von der oppositionellen Armee der Ruandischen Patriotischen Front (FPR), die zu einem erheblichen Teil aus Exilruandern bestand, beendet.

Darf eine humanitäre Organisation zu einer militärischen Intervention aufrufen?

Humanitäre Organisationen verpflichten sich zu Neutralität – also dazu, sich aus dem politischen Konflikt herauszuhalten, nicht Position zu beziehen für oder gegen die Ziele oder Ideologien der Konfliktgegner. Die Neutralität ist ein Instrument, um die humanitäre Hilfe aus dem Konflikt herauszuhalten, um sie in den Augen der Konfliktparteien den eigenen Interessen gegenüber für ungefährlich zu halten. Humanitäre Organisationen müssen, um mitten in einem Konflikt arbeiten zu können, von den Parteien als „nur humanitär“ und deshalb als nicht bedrohlich akzeptiert werden.

Wie andere humanitäre Organisationen auch versucht ÄRZTE OHNE GRENZEN im Allgemeinen neutral zu bleiben. Allerdings ziehen wir eine Grenze dann, wenn Hilfe systematisch missbraucht wird oder wenn die Zivilbevölkerung schrecklichen Gewalttaten ausgeliefert wird und die für ihren Schutz Verantwortlichen nicht reagieren. Als mitten im Völkermord in Ruanda die UN den größten Teil der Blauhelme abzog und das Land von allen im Stich gelassen wurde, ja die UN auf Druck der USA sogar die Benutzung des Begriffs „Völkermord“ unterdrückte aus Angst, im Falle von Völkermord zum Eingreifen verpflichtet zu werden, hat sich ÄRZTE OHNE GRENZEN entschlossen, eine militärische Intervention zu fordern. Dies geschah in der Hoffnung, öffentlicher Druck könne doch noch dazu beitragen, den Völkermord zu stoppen.

Das ist für eine humanitäre Organisation eine schwerwiegende Entscheidung. Dürfen die, deren Aufgabe es ist, Menschen zu retten, den Einsatz von Waffengewalt fordern mit der unausweichlichen Konsequenz, dass es dadurch zu neuer Gewalt und zu Toten und Verwundeten kommt? Eine einfache Antwort darauf kann es nicht geben.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es für uns in Ruanda keine andere Möglichkeit gab, als den Schutz der Menschen auch mit Waffengewalt zu fordern, da in dieser Situation humanitäre Hilfe nichts Wesentliches ausrichten konnte und es das einzig wirklich Notwendige war, das Morden zu stoppen. Dafür sind nicht die humanitären Organisationen verantwortlich. Wenn aber wie in Ruanda überhaupt keiner der Verantwortlichen reagiert und die Massaker hingenommen werden, als seien sie eine Naturgewalt, dann wird Schweigen schnell zur Komplizenschaft.

Eine Regierung immerhin handelte: MSF in Frankreich hatte Präsident Francois Mitterand direkt aufgefordert, eine Militärintervention zu unterstützen. Gemeint war natürlich eine multilaterale Intervention. Leider geschah etwas ganz Anderes: Die französische Armee intervenierte allein und schuf die militärisch abgesicherte „zone turquoise“, eine sogenannte Sicherheitszone im Südwesten Ruandas, in der auch viele Täter und für den Völkermord Verantwortliche Zuflucht vor der heranrückenden FPR (Ruandische Patriotische Front) fanden. Die Intervention hat sicher Leben gerettet, erleichterte aber gleichzeitig der Armee (FAR) der für den Völkermord verantwortlichen ruandischen Regierung erst dort Zuflucht zu suchen und dann nach Zaire zu flüchten. Es muss hier auch betont werden, dass es ausdrücklich nicht Mitterands Ziel war, den Völkermord zu stoppen, sondern sein Ziel, wie er

darlegte, „rein humanitär“ war: eine Sicherheitszone für verfolgte Ruander zu schaffen. Insofern geriet MSF in Frankreich in eine üble Situation, da es für die Öffentlichkeit so aussah, als hätten wir diese fragwürdige französische Intervention unterstützt und als sei sie die Antwort auf unsere Forderung.

Im Frühjahr 1995, also ein Jahr später, warf mir ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes im Botschafterrang zu Recht vor, ÄRZTE OHNE GRENZEN habe mit dieser Forderung und deren Veröffentlichung ihre Neutralität verletzt. Als sei unsere Neutralität selbst im Kontext eines Völkermords wichtiger als das Leben der Ermordeten. Diese Haltung entspricht der katastrophalen Neutralität des Internationalen Roten Kreuzes in Auschwitz. Weiter sagte dann dieser Diplomat, „man“ (und er meinte die deutsche Regierung sowie die Vereinten Nationen) habe ja nichts tun können (außer in Ruanda befindliche Deutsche zu evakuieren).

Es bleiben bohrende Fragen: Hätten Hilfsorganisationen, hätte MSF ganz andere Mittel einsetzen müssen, um wenigstens einige Menschen zu retten? Flugzeuge chartern, private Sicherheitskräfte anheuern, nach Ruanda fliegen und Menschen retten? Warum hat keiner in der UN und keiner der westlichen oder afrikanischen Staaten eine Militärintervention gefordert? Und warum kaum eine der Hilfsorganisationen? Hätte sich durch einen massiven Aufschrei der Empörung nicht vielleicht doch etwas verhindern lassen? Hätte man nicht doch, wenn man gewollt hätte, genügend öffentlichen Druck herstellen können, um die maßgeblichen Regierungen zu einer Reaktion zu zwingen? Warum kann ein deutscher Außenminister einige Jahre später angesichts der Flutkatastrophe in Mosambik erklären, dass ihn der öffentliche Druck zu einer (Hilfs-)Intervention der Bundeswehr gezwungen habe – während in Ruanda angesichts eines Völkermordes nichts dergleichen geschah?

Den Morden in Ruanda im Jahr 1994 sind mindestens 800.000 Tutsi und oppositionelle Hutu zum Opfer gefallen. Über 150 Patienten und Mitarbeiter von MSF sind allein in Butare vor den Augen unserer Kollegen ermordet worden.

Muss/darf eine humanitäre Organisation auch die Täter versorgen, die für einen Völkermord verantwortlich sind?

Darf eine humanitäre Organisation akzeptieren, dass ihre Hilfe systematisch missbraucht wird von Führern, die Gewalt anwenden gegen die Flüchtlinge und klar ihre Absicht äußern, den Krieg fortzusetzen, um den begonnenen Völkermord zu Ende zu führen?

Benaco – Tansania – Mai 1994:

Nach den ersten Eroberungen der FPR im April im Norden Ruandas trieben fliehende Funktionäre des ruandischen Regimes, von denen viele für den Völkermord mitverantwortlich waren, Hunderttausende Ruander mit sich über die Grenzen. Manche wurden gezwungen, viele gehorchten der offiziellen Propaganda, und wieder andere fürchteten die Rache der FPR. Insgesamt flohen zwischen April und Juli 1994 über zwei Millionen Menschen nach Tansania, Burundi und ins damalige Zaire.

Bereits Ende April 1994 erreichten ca. 250 000 Ruander Tansania und blieben nur ca. 10 km von der Grenze entfernt an einem Platz, der bald zum Lager Benaco werden sollte. ÄRZTE OHNE GRENZEN arbeitete zu jener Zeit bereits in Tansania für burundische Flüchtlinge und begann Anfang Mai, die ruandischen Flüchtlinge in den Lagern mit Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe zu versorgen. Im Jahr zuvor hatten einige dieser Programme schwere Mängel gehabt. Um die Wiederholung solcher Fehler zu vermeiden konzentrierten sich die Mitarbeiter jetzt vorrangig auf die technische Qualität ihrer Projekte. Dabei übersahen sie zunächst völlig die politische Realität des Exodus. Nur wenige Helfer wussten, dass die für den Völkermord verantwortliche Administration die Ruander zur Flucht

aufgefordert hatte. Ein Mitarbeiter schrieb später. „In Benaco haben wir auf die vorherige Krise reagiert“.

Die Lager waren im Wesentlichen so organisiert – und zwar glänzend organisiert - wie die ruandische Verwaltung strukturiert war, und es waren die alten Anführer, die die Macht in den Lagern besaßen. Sie dienten als Vermittler zwischen den Flüchtlingen und den Hilfsorganisationen und waren z.B. offiziell vom WFP (dem Welternährungsprogramm) damit beauftragt, die Listen derer herzustellen, die Nahrungsmittelhilfe bekommen sollten. Als wir diese Listen mit den von uns für Impfkampagnen hergestellten verglichen, wurde klar, dass sie künstlich aufgeblasen waren. Der Liste der Bürgermeister zufolge befanden sich 340.000 Menschen in Benaco. Dies war die Zahl, die das UNHCR (das Flüchtlingshilfswerk der UN), WFP, die Presse und die tansanische Regierung benutzten. Nach einer Erhebung von ÄRZTE OHNE GRENZEN waren es eher 200.000 bis 220.000 Menschen – 50% zuviel Nahrungsmittel wurden also geliefert. Als sich zusätzlich die Sicherheitssituation rapide verschlechterte, stellte das UNHCR 300 Sicherheitskräfte ein – die aber wurden von den Campleadern bestimmt und unterstanden damit genau den Anführern, die mit für die Sicherheitsprobleme verantwortlich waren.

Für die damalige Projektleiterin von MSF, Fiona Terry, war klar, dass es sich bei den Anführern um eine Horde von Mördern handelte und dass man die Situation in den Lagern nicht einfach so hinnehmen konnte. Eine aus Ruanda evakuierte Krankenschwester hingegen, die in Benaco arbeitete, sagte in einem Interview: „But I work in medicine and I have my professional code of ethics. I close my eyes and I treat people“.

Aber die Augen schließen? Angesichts der Tatsache, dass die für den Völkermord Verantwortlichen dieselben Rechte hatten und dieselbe Hilfe erfuhren wie unschuldige Flüchtlinge? Und dass diese Hilfe ganz offensichtlich nicht nur für die Linderung akuter Leiden benutzt wurde? ÄRZTE OHNE GRENZEN versuchte, Hilfe an Bedingungen zu knüpfen und ging schließlich im Juni an die Öffentlichkeit und bezeichnete die Lager als humanitäre Fassade und als Rückzugsort für Hutu-Kräfte, in denen die Flüchtlinge als Geiseln dienten. Eine Diskussion entbrannte innerhalb von MSF – es gab unterschiedliche Ansichten darüber, was zu tun sei. Im Juni wurde eine Art „humanitärer Streik“ organisiert, da MSF der Meinung war, es sei unverantwortlich, die Arbeit unter diesen Bedingungen fortzuführen. MSF reduzierte temporär die Programme, um Druck insbesondere auf das UNHCR auszuüben in der Hoffnung, dass dieses für mehr Sicherheit und Schutz für die Flüchtlinge sorgen würde. Forderungen nach Ausschluss der Anführer von verantwortlichen Positionen in den Lagern und nach mehr Sicherheitskräften wurden gestellt. Noch hatte man die Hoffnung, die Situation in den Lagern entschärfen zu können. Aber es änderte sich nichts. Wohlgermerkt: All dies passierte und war bekannt, bevor die Lager in der Region von Goma/Zaire existierten. Der Landeskoordinator der niederländischen Sektion trat Anfang Juli zurück und stellte fest: „We are working for killers. We should not work for killers. And we should leave these camps“.

Dass Flüchtlingslager schnell zu Bastionen militanter Gruppen werden, Flüchtlinge als Geiseln festgehalten und humanitäre Hilfe missbraucht und als Ressource für militärische Aktivitäten eingesetzt wird ist spätestens seit der Erfahrung der kambodschanischen Lager in Thailand Anfang der 80er Jahre bekannt. (s.a. Rufin und Terry). Es ist das ewige Dilemma für eine humanitäre Organisation, manchmal gezwungen zu sein „to feed the butchers in order to treat the victims“, also an den Tätern nicht immer vorbeizukommen, wenn man den Opfern helfen möchte. In einer akuten Phase, wo es nur um die Rettung möglichst vieler Menschenleben geht, kann man oft nicht danach fragen, wer die Patienten sind und was sie eventuell auf dem Kerbholz haben – zumal wir weder Polizisten noch Richter sondern Ärzte sind. Und es bleibt einer der Grundsätze sowohl der medizinischen als auch der humanitären Ethik, dass ein schwerkranker Mensch ein Recht auf medizinische Versorgung hat. Wenn aber humanitäre Hilfe in großem Stil und systematisch für kriminelle Zwecke missbraucht wird, dann sieht sich eine humanitäre Organisation wie ÄRZTE OHNE GRENZEN dazu

gezwungen, eine Entscheidung zu treffen, wie sie mit ihrer Hilfe weiter verfahren will und ob sie es verantworten kann, vor solchem Missbrauch die Augen zu schließen (s.a. Rufin, Brauman, von Pilar).

Wie im Folgenden beschrieben wird, musste MSF sich schließlich zum Abbruch der Programme durchringen. Bis es jedoch zu dieser Entscheidung kam, verschärfte sich die Situation dramatisch.

Goma – Zaire – Juli 1994:

Insgesamt sind etwa zwei Millionen Ruander im Frühjahr und Sommer 1994 in die benachbarten Länder geflüchtet – zum Teil aus Angst vor der FPR, zum Teil auf Anordnung ihrer Regierung. Nach der Einnahme Kigalis durch die FPR am 10. Juli strömten zwischen dem 14. und dem 17. Juli 1994 ungefähr 500.000 bis 800.000 Ruander über die Grenze nördlich des Kivu-Sees ins damalige Zaire und ließen sich in der Region der Stadt Goma nieder. Es gab kein Wasser, keine Nahrungsmittel, keine medizinische Versorgung. Die Flüchtlinge befanden sich in einem Zustand völliger Erschöpfung. Hilfsorganisationen gab es vor Ort kaum. WFP war abwesend, UNHCR auf einen solchen Exodus nicht vorbereitet, die Hilfsorganisationen überfordert. (ÄRZTE OHNE GRENZEN hatte schon vorher Programme in Goma und mobilisierte sofort weitere Hilfe, war aber angesichts einer solch dramatischen Situation natürlich nicht in der Lage, sofort alle Flüchtlinge zu versorgen). Dann brach um den 19. Juli die Cholera aus. Man schätzt, dass allein zwischen dem 27. Juli und dem 3. August etwa 80.000 Menschen in Goma starben.

Und was schon in Tansania geschehen war, wiederholte sich nun in Zaire: Nicht nur handelte es sich um einen organisierten, durch Radiopropaganda initiierten Exodus und dienten die Flüchtlinge als eine Art Faustpfand der Anführer, sondern hier hatten die Anführer auch gleich einen großen Teil ihrer militärischen Ausrüstung mit nach Zaire gerettet – zweifelsohne unterstützt durch die Truppen Mobutus (des damaligen zairischen Präsidenten), die den Hutu-Machthabern in Ruanda freundlich gesinnt waren und ihnen den Wiederaufbau einer Machtbasis in den Lagern ermöglichten.

Vorsichtig geschätzt befanden sich 20.000 bis 50.000 Soldaten und zwischen 10.000 und 50.000 Milizen in den Lagern in Zaire, die sich dort wieder bewaffneten (vgl. Terry). Noch während des Genozids hatte es Waffenlieferungen gegeben, eine aus Frankreich sogar noch nach dem von der UN erklärten Waffenembargo. Die ehemaligen Machthaber, die auch die Macht in den Lagern innehatten, verfügten über schweizer Bankkonten, Devisen (30 bis 60 Millionen US\$) und lokale Währung (ebenfalls im Wert von 30 bis 60 Millionen US\$ - s.a. Angaben bei Terry) und brachten Jeeps, Tanks sowie Waffen mit. Die humanitäre Hilfe wurde als weitere Ressource genutzt, indem beispielsweise die Zahl der Flüchtlinge überhöht angegeben wurde und die Gehälter der lokalen Mitarbeiter der Hilfsorganisationen besteuert wurden. Auch hier war die offiziell angegebene Anzahl der Menschen in den Lagern oft sehr viel höher als die tatsächliche. Eine ordentliche Registrierung der Flüchtlinge, für welche die UN verantwortlich war und die eine angemessenere Verteilung von Hilfsmitteln erlaubt hätte, fand nicht statt. Hilfsmittel wurden umgeleitet. Noch im Spätsommer 1994 beklagte WFP, dass trotz ausreichender Hilfslieferungen die Unterernährungsraten in manchen Lagern erschreckend hoch waren.

Später gefundene Dokumente beweisen, dass die Anführer von Anfang an die internationale Hilfe als Ressource mit eingeplant hatten (Terry).

Alain Destexhe, Internationaler Sekretär von Médecins Sans Frontières/ÄRZTE OHNE GRENZEN zu der Zeit, warnte in der International Herald Tribune vom 11. August davor, die in Kambodscha begangenen Fehler zu wiederholen: „Die internationalen humanitären Anstrengungen, die tausende Leben retten, säen zum selben Zeitpunkt die Samen für einen

zukünftigen Konflikt - wie bei den Roten Khmer wird die Armee der früheren Regierung ihre politische Kontrolle über Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen ausnutzen, um ihre Macht zu legitimieren.“ Von Woche zu Woche wurde klarer, was in den Lagern ablief: Wiederbewaffnung, Vorbereitung militärischer Attacken auf Ruanda, das inzwischen von der FPR beherrscht wurde. Die Flüchtlinge wurden zu Geiseln der Anführer des Genozids, die sich als die Flüchtlingssprecher in den Lagern etabliert hatten und dadurch von den in den Lagern tätigen internationalen Organisationen eine Art Legitimation erhielten. Flüchtlinge, die zurückkehren wollten, wurden bedroht. Und in den Lagern wurden Propagandalügen über die Situation in Ruanda verbreitet. Gleichzeitig verschlechterte sich die Sicherheitslage auch für die Hilfsorganisationen, die sich verstärkt Angriffen und Drohungen ausgesetzt sahen. Dies alles in einem rechtsfreien Raum, in dem völlige Straflosigkeit sowohl für die Verbrechen des Völkermords wie für die aktuellen Übergriffe herrschte.

Seit dem Spätsommer hatte es innerhalb von ÄRZTE OHNE GRENZEN wieder heftige Diskussionen darüber gegeben, was zu tun sei und wie weit eine Fortführung der Hilfe unter solchen Bedingungen möglich oder sinnvoll sei. Der Eindruck verstärkte sich immer mehr, dass die internationale Hilfe in großem Stil den kriminellen Machenschaften der für den Völkermord Verantwortlichen zugute kam, ja dass sich die Gefahr abzeichnete, dass die Hilfsorganisationen zu Instrumenten eines erneuten Völkermordes werden könnten. Die Sorge um die Flüchtlinge, von denen viele nach wie vor Hilfe brauchten und die selbst oft hilflos den Verbrechern ausgeliefert waren, stand dem Bewusstsein gegenüber, mit genau dieser Hilfe ungewollt die großangelegte Kampagne der Mörder zu unterstützen – ja vielleicht erst möglich zu machen und damit ein wesentliches Element einer grausamen Unterdrückungsstrategie zu sein.

Humanitäre Organisationen, und ganz besonders eine medizinische Organisation, sind (mit)verantwortlich dafür, einigermaßen akzeptable Lebensbedingungen für Flüchtlinge zu schaffen – keiner soll an vermeidbaren Krankheiten oder Hunger sterben. Hilfsorganisationen haben aber kaum die Möglichkeit, Flüchtlinge vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen. Trotzdem bleiben sie verantwortlich für einen verantwortungsvollen Gebrauch ihrer Hilfe und dürfen nicht zulassen, dass Hilfe zu kriminellen Zwecken missbraucht wird. In einer verzweifelter Situation wie in Goma im Sommer und Herbst 1994 muss man sich daher mit der Frage auseinandersetzen: Bleiben oder gehen – Abbruch der Hilfsprogramme? Mitten in einer akuten Katastrophe, wenn Tausende vom Tod bedroht sind, stellt sich die Frage so nicht – Leben retten wo immer möglich ist das oberste Gebot der Stunde, und für die Frage, wer die Patienten sind – ob unschuldige Zivilisten und Flüchtlinge oder Mörder – bleiben erst mal weder Zeit noch Kraft. Und stellt sie sich doch, dann kann sie kaum von einer Hilfsorganisation, die in dem Moment alles daran setzt, akute medizinische Hilfe zu leisten, beantwortet werden. In einem Moment aber, wo die ganz akute Krise vorbei ist, bekommt diese Frage – wen man da behandelt und was man mit seiner Hilfe bewirkt oder anrichtet – eine zentrale Bedeutung.

ÄRZTE OHNE GRENZEN musste also überlegen und entscheiden, ob und wie man in einer solchen Situation weitermachen konnte.

Dennoch: Konnte ÄRZTE OHNE GRENZEN es verantworten, der leidenden Bevölkerung keine Hilfe mehr zu leisten? Und welche Grundlage sollten die Argumente hierfür haben?

Innerhalb von ÄRZTE OHNE GRENZEN waren die Meinungen geteilt: Die einen plädierten für die Einstellung aller Aktivitäten in den Lagern, andere wollten sich für eine Verbesserung der Lage einsetzen, und eine dritte Gruppe forderte, solange zu bleiben wie die Flüchtlinge Hilfe benötigten – ungeachtet des Kontexts.

Schließlich entschloss man sich am 2. November 1994, zusammen mit weiteren 14 NGOs, zu einer Pressemitteilung und einem offenen Brief an den Sicherheitsrat am 7. November, in denen dieser aufgefordert wurde, sofortige und konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Die zentralen Forderungen waren:

1. Flüchtlinge müssen vor Gewalt geschützt werden. Sie müssen ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe haben. Jeder Flüchtling muss frei und ohne Angst für sein Leben entscheiden können, ob er im Lager bleibt oder nach Ruanda zurückkehrt.

Internationale Sicherheitskräfte müssen in den Lagern für Sicherheit und Ordnung sorgen. Diese Kräfte dürfen nicht von den Anführern in den Lagern ausgewählt werden, da viele im Verdacht stehen, mit für den Völkermord mitverantwortlich zu sein.

2. Eine ordentliche Registrierung der Flüchtlinge muss schnellstmöglich stattfinden, um zu garantieren, dass alle Bedürftigen auch Hilfe erhalten. Diese Registrierung muss von unabhängigen Kommissionen überwacht werden.
3. Soldaten und Milizen in den Lagern müssen entwaffnet werden.
4. Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, müssen zur Verantwortung gezogen werden.
5. Die UN müssen eine angemessene Zahl von Menschenrechtsbeobachtern nach Ruanda und in die Lager schicken.

Weiterhin wurden die UN aufgefordert, einen internationalen Gerichtshof für die Verfolgung der Verbrechen des Völkermords einzurichten, den Aufbau einer funktionierenden Polizei und eines Rechtssystems zu fördern sowie ein Embargo für Waffenlieferungen und Militärhilfe an Ruanda zu verhängen.

Diese Forderungen, obwohl in den Augen vieler Beteiligten sicher der Situation angemessen, überstiegen wohl doch die normalerweise von einer neutralen humanitären Organisation vertretenen Positionen (z.B. die Forderung nach Gerichten und Polizei). Aber in diesem Moment waren sie Ausdruck einer verzweifelten Situation, in der sich viele Hilfsorganisationen völlig alleingelassen von der internationalen Gemeinschaft fühlten und ganz alleine mit einem Teil der schrecklichen Konsequenzen des Völkermordes fertig werden sollten. Hilfsorganisationen sind aber nicht in der Lage, mit solchen Situationen fertig zu werden. Dies übersteigt bei weitem ihre Verantwortung und liegt in der Verantwortung der politischen Akteure – der UN, der Regierungen und der Geberstaaten. Trotzdem wurden in späteren Jahren die Hilfsorganisationen mitverantwortlich für das katastrophale Scheitern der internationalen Aktionen in den Lagern gemacht.

Der Brief an die UN hatte jedoch keine Folgen, und die Situation in den Lagern verbesserte sich nicht.

Innerhalb von MSF wurde die oft sehr heftige Diskussion weitergeführt, was zu tun sei:

- Die französische Sektion lehnte es ab, zu der Legitimierung der für den Völkermord Verantwortlichen beizutragen und deren Macht in den Lagern durch die Lieferung von humanitärer Hilfe zu stärken. Da die akute medizinische Notsituation vorüber war, zog sich die französische Sektion im November und Dezember 1994 aus den Lagern in Tansania und Zaire zurück.
- Andere MSF-Sektionen entschieden sich, vorläufig noch zu bleiben, auch weil viele der Flüchtlinge immer noch auf humanitäre Hilfe angewiesen waren, und weil sie

hofften, dass die Kontrolle der „*génocidaires*“ (der für den Völkermord Verantwortlichen) über die Flüchtlinge doch noch gebrochen werden könnte.

- Die belgische Sektion begann eine Strategie des „humanitären Widerstands“ mit dem Ziel, die Macht dieser *génocidaires* über die Hilfe in den Lagern zu verringern: Verringerung der Gehälter an lokale Mitarbeiter, Auszahlung der Gehälter in lokaler Währung statt in US-Dollar, bessere Kontrolle der Hilfe, Druck auf den UNHCR, verlässliche Zählungen in den Lagern vorzunehmen.
- Die holländische Sektion versuchte, die Lage mit dem Ziel zu dokumentieren, die internationale Gemeinschaft zum Handeln zu bewegen.

Der ausführliche Bericht, den MSF dann im November 1994 veröffentlichte, hieß „Breaking the Cycle“ und malte ein schreckenerregendes Bild der Lebensbedingungen der Flüchtlinge wie auch der Situation der Helfer in den Lagern. Der Bericht beschrieb die Macht- und Verwaltungsstrukturen in den Lagern, die Rolle der Milizen und der ehemaligen ruandischen Armee, die Bedrohung der Flüchtlinge wie der Helfer und den systematischen Missbrauch der Hilfsgüter. Gleichzeitig wurde betont, dass die Hilfe für die Menschen in Ruanda kläglich gering war verglichen mit dem ungeheuren Hilfsaufkommen für die Flüchtlinge.

Auch auf diesen Bericht hin änderte sich nichts, und die beiden MSF Sektionen mussten sich im Juli 1995, nach der negativen Evaluation ihrer Versuche, etwas an der Situation zu ändern, endgültig für den Rückzug aus den Lagern und den Abbruch der Hilfsprogramme dort entscheiden.

Obwohl die meisten MSF Mitarbeiter heute der Überzeugung sind, dass dies die einzig richtige Entscheidung war, bleibt zehn Jahre nach den Ereignissen die Bitterkeit über den Rückzug für viele bestürzend lebendig und kaum akzeptabel. Wir waren zwar zu dem Schluss gekommen, dass unsere Präsenz in den Lagern den Flüchtlingen mehr schadete als nutzte, da wir mit unserer Arbeit gegen unseren Willen die *génocidaires* unterstützten. Und es war auch klar, dass die Lebensumstände in den Lagern so weit stabilisiert waren, dass wir mit unserem Rückzug keine Menschenleben riskierten. Das Dilemma aber bleibt ein Dilemma für eine medizinische humanitäre Organisation: Wie kann man als Arzt seine Patienten – Flüchtlinge, die Hilfe brauchen - im Stich lassen, (nur) weil die politischen Mächte ihrer Verantwortung nicht nachkommen und deshalb die Flüchtlinge und die Hilfsorganisationen in einem rechtsfreien Raum existieren und arbeiten lassen? Flüchtlinge in ihrer oft existentiellen Verletzbarkeit brauchen zuallererst Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und erst in zweiter Linie humanitäre Hilfe. Diese kann nur etwas Sinnvolles erreichen, wenn es ein Minimum an Respekt für ihre Grundsätze gibt. Wenn beides nicht gegeben ist, wird humanitäre Hilfe schnell zum Instrument in der Hand des jeweils Stärksten oder Rücksichtslosesten und damit missbraucht, um sich womöglich direkt gegen die Opfer zu wenden. Dieses Dilemma ist kaum aufzulösen, und es muss in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft werden, was die Konsequenzen einer so schwerwiegenden Entscheidung wie der eines Rückzugs sind.

In Goma entschied sich MSF für den Rückzug - auch, um ein Zeichen zu setzen und die UN-Organisationen wie die Geberstaaten zum Handeln zu bringen. MSF wusste auch, dass andere Organisationen, die mit diesem furchtbaren Dilemma anders umgingen und, weil sie die Verantwortung für die Situation in den Lagern klar den UN-Organisationen zusprachen, nicht so große Probleme hatten, ihre Hilfsprogramme weiterzuführen. Somit war trotz unseres Rückzugs die Versorgung der Flüchtlinge gewährleistet – doch um welchen Preis?

In Goma haben vor allem die Geberstaaten, und damit auch die UN, einen Teil der Menschen Ruandas zum zweiten Mal allein gelassen: Nachdem sie den Völkermord nicht verhindert hatten, ließen sie es im Bewusstsein der Vorgänge in den Lagern zu, dass die Flüchtlinge zu Geiseln, die Lager zu militärischen Stützpunkten für die Fortsetzung des Völkermordes und die internationale Hilfe zur Finanzquelle der Völkermörder wurde. Gleichzeitig brüsteten sie sich laut damit, dass sie in großem Stil Hilfe leisteten und

versuchten dadurch vergessen zu machen, was von ihrer Seite während des Völkermordes passierte – nämlich gar nichts. Hilfe als Alibi für politisches Nicht-Handeln - hier konnte man das in aller Deutlichkeit beobachten.

Obwohl humanitäre Organisationen eine Verantwortung dafür haben, dass ihre Hilfe die Richtigen erreicht und nicht missbraucht wird, muss man sich schon genauer fragen, welches denn genau die Mittel und Maßnahmen sind, die einer Hilfsorganisation zur Verfügung stehen. Sie muss korrekte Erhebungen der Bedürfnisse machen und möglichst die Schwächsten und Bedürftigsten erreichen; sie muss kompetente und adäquate Hilfsprogramme definieren und realisieren, die Verteilung von Hilfsgütern überwachen und dokumentieren sowie die Wirkung und Ergebnisse ihrer Programme evaluieren. Wenn diese Programme nicht die erwarteten Ergebnisse haben, oder wenn aus anderen Gründen das Überleben der Bevölkerung gefährdet ist, muss sie versuchen, die Gründe dafür zu analysieren, möglichen Missbrauch zu dokumentieren und auf Abhilfe zu drängen.

Eine humanitäre Organisation kann nicht bewaffnete Verbrecher oder Rebellen entwaffnen, sie kann nur sehr selten Flüchtlinge gegen gewaltsame Übergriffe oder Ausbeutung schützen, sie ist nicht für die ordnungsgemäße Registrierung von Flüchtlingen verantwortlich, sie hat keine Polizeigewalt in Flüchtlingslagern, sie hat überhaupt keine politische Funktion.

Hier ein Ausschnitt aus der Begründung für den Abbruch der Hilfsprojekte und den Rückzug der holländischen Sektion vom August 1995:

- Medizinische humanitäre Hilfe trägt heute zur Stabilisierung einer inakzeptablen Situation in den Lagern bei. Die für den Völkermord in Ruanda Verantwortlichen kontrollieren immer noch die Flüchtlinge in den Lagern.
- Es herrscht nach wie vor Straflosigkeit: Kaum jemand ist gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden.
- Die militärische Aufrüstung in der Region dauert an. Dies ist die Ausgangslage für kommende militärische Aktionen.

Und:

- Die akute medizinische Krise ist vorüber: Die Zahl der Toten und Kranken ist auf einem in Flüchtlingslagern normalen Niveau.

Schlussfolgerung: Die negativen Konsequenzen der Hilfsaktionen sind größer als die positiven Effekte.

Die Reaktionen auf den Rückzug waren zum Teil sehr negativ: Sogar ein Mitarbeiter des UNHCR klagte den Rückzug der französischen MSF-Mitarbeiter Ende 1994 mit der Begründung an, sie wollten ja nur Weihnachten zuhause sein. Viele Mitarbeiter der Caritas z.B. sind bis heute der Überzeugung, dass die Situation in den Lagern es nicht rechtfertigte, die Hilfsprogramme abzubrechen. Interessant wäre eine Diskussion darüber, ob auch für die Caritas Situationen vorstellbar sind, in denen sie ihre Arbeit nicht mehr verantworten könnte und ihre Programme abbrechen würde.

Fragen und Dilemmata – aus der Sicht einer Hilfsorganisation

Der Völkermord und seine Folgen – für die Menschen in Ruanda, für die Flüchtlinge, für die ganze Region – sind unendlich viel komplexer und schwerer zu erfassen als alles, was man in solch einem Artikel darstellen könnte (s.a. auch Des Forges, Dallaire, Power). Und wenn ich hier noch einmal versuche, die ganz spezifischen Fragen und Dilemmata, mit denen sich eine humanitäre Organisation auseinandersetzen musste, darzulegen, dann bedeutet das nicht, dass diese Fragen im Zentrum der bitteren Debatte über den Völkermord stehen. Die Probleme der humanitären Organisationen sind, wie schon gesagt, marginal gemessen an dem unendlichen Leid und der Grausamkeit, wie es die Menschen in Ruanda erfahren

mussten. Worauf es mir ankommt ist zu zeigen, dass auch die Hilfsorganisationen kläglich versagt haben – aber nicht unbedingt aus den Gründen, die ihnen immer wieder vorgerechnet werden (denn nicht die Hilfsorganisationen waren für die Lager verantwortlich). Vielmehr haben die Hilfsorganisationen versagt, weil sie nicht einmal das in ihrer Macht Stehende verantwortungsbewusst getan haben und dies, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, auch bis heute nicht aufgearbeitet haben. So hat z.B. Andrea König (s.a. Beitrag in diesem Buch) gesagt: "Alle Programme für sich gesehen waren technisch ganz in Ordnung – aber das Ganze war kriminell".

Um die Antworten auf die folgenden Fragen, die z.T. weit über Ruanda hinausgehen, muss sicher weiter gerungen werden:

- Darf humanitäre Hilfe auch die Mörder füttern – und wenn es dafür eine Grenze gibt: Wie kann man die definieren?
- Technisch gute Hilfsprogramme können trotzdem kriminell sein, die Erfüllung technischer Standards besagt noch nicht, dass Hilfe wirklich „humanitär“ ist – wie kommt man weg von einer technokratisch definierten Ethik?
- Darf eine humanitäre Organisation eine Militärintervention fordern?
- Wieso hat die Welt angesichts der Verbrechen der neuen ruandischen Regierung wie bei dem Massaker von Kibeho nicht reagiert? Wieso wurden die Verbrechen der FPR nicht angeklagt und verfolgt?
- Waren die NGOs mit Schuld daran, dass der Völkermord zur „humanitären Krise“ verharmlost wurde?
- Unter welchen Bedingungen ist es gerechtfertigt oder sogar geboten, dass eine humanitäre Organisation ihre Programme abbricht?
- Was kann man dagegen tun, dass immer wieder humanitäre Hilfe als Alibi für mangelndes politisches Engagement herhalten muss?
- Wie konnte es passieren, dass wir alle es versäumt haben, den Überlebenden des Völkermords (mindestens) ebenso zu Hilfe zu kommen wie den Flüchtlingen?
- Gehört es unter solchen Umständen wie denen in Ruanda zu den Pflichten einer humanitären Organisation, als Zeuge vor einem internationalen Strafgerichtshof auszusagen - oder verletzt sie damit ihre Neutralität?

Einer der während des Völkermords in Ruanda arbeitenden Projektleiter, der Massaker an Patienten und Mitarbeitern miterlebt hatte, hat vor dem Strafgerichtshof in Arusha ausgesagt, als Privatperson. Für ÄRZTE OHNE GRENZEN als Organisation ist diese Frage generell sehr schwierig zu beantworten. Die Neutralität einer humanitären Organisation ist im Allgemeinen mit der Bereitschaft, vor einem Gericht auszusagen, nicht so ohne weiteres vereinbar. Aber auch hier muss von Fall zu Fall verantwortlich entschieden werden.

Der Völkermord in Ruanda hat eine tiefe Wunde und ein bedrückendes Schuldgefühl bei all den Mitarbeitern von ÄRZTE OHNE GRENZEN hinterlassen, die Ruanda verlassen und Mitarbeiter und Patienten im Stich lassen mussten.

Die sogenannte internationale Gemeinschaft hat in Ruanda gezeigt, dass sie auf Cholera-Kranke sehr viel sensibler reagiert als auf Menschen, die aufgrund ihres Personalausweises zu Tode geknüpelt werden. Sie hat einen Völkermord als „humanitäre Krise“ bezeichnet und dementsprechend gehandelt. Bis heute ist die Region der Großen Seen in Zentralafrika Schauplatz furchtbarer Konflikte, und Millionen Menschen leiden auch an den Folgen des Völkermords und der fehlgeleiteten Politik unserer Regierungen in den Jahren nach dem Völkermord. Die humanitären Organisationen waren, ob sie es wollen oder nicht, Teil dieser Politik. Auch in Deutschland müsste dies sorgfältiger als geschehen aufgearbeitet werden. Leider sind selbst zu diesem ansonsten sehr gelungenen und interessanten Seminar in Loccum kaum Vertreter von Hilfsorganisationen gekommen. Die dringend notwendige Debatte der damals in der humanitären Hilfe Tätigen hat bis heute nicht stattgefunden.

Literatur:

Brauman, Rony: Hilfe als Spektakel, 1995, Rotbuchverlag ; die Originalausgabe erschien mit dem Titel „Un génocide en direct, 1994 bei Les éditions Arléa.

Brauman, Rony: L'action humanitaire, Flammarion, 1995.

Brauman, Rony: Humanitaire: Le dilemme, überarbeitete Ausgabe, Textuél, 2002.

Dallaire, Roméo/ Beardsley, Brent: Shake hands with the devil, the failure of humanity in Rwanda, Carroll & Graf Publishers, 2005.

Des Forges, Alison: Kein Zeuge darf überleben, Der Genozid in Ruanda, 2002, Hamburg: Hamburger Edition; die Originalausgabe erschien mit dem Titel „Leave none to tell the story, Genocide in Rwanda, 1999 bei Human Rights Watch.

Destexhe, Alain: Hurry to prevent a Cambodian epilogue, International Herald Tribune, 11 August 1994.

MSF Amsterdam: Breaking the Cycle, November 1994.

Power, Samantha: A problem from hell, America and the age of genocide, 2003, Perennial.

Rufin, Jean-Christophe: Le piège humanitaire (1986), suivi de Humanitaire et politique depuis la chute du Mur, überarbeitete Ausgabe, 1993, éditions Jean-Claude.

Terry, Fiona: Codemned to repeat? The paradox of humanitarian action, 2002, Cornell University Press.

von Pilar, Ulrike: Die Instrumentalisierung der Humanitären Hilfe, in: Eberwein, Wolf-Dieter/ Runge, Peter (Hg.) (2002): Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld, Münster/ Hamburg/ London: LIT Verlag, Seite 163 – 188.